

Erneuerung statt Palastrevolution

PARTEIEN JU-Bezirksvorsitzender Alexander Fischer stellt sich wieder zur Wahl und will frischen Wind in die Oberpfälzer CSU bringen.

VON REINHOLD WILLFURTH, MZ

WEIDEN. Den Ort der JU-Bezirksversammlung am Samstag und Sonntag hat Alexander Fischer in guter Erinnerung: Vor zwei Jahren wurde er in Weiden mit 97 Prozent der Stimmen als Vorsitzender der rund 5500 Mitglieder starken Oberpfälzer JU bestätigt. Fischer, der sich in Weiden wieder der Wahl stellt, formuliert seine Ziele für die nächsten beiden Jahre vorsichtig. Eines liegt ihm besonders am Herzen: Nach den vielen Wahlkämpfen der vergangenen Monate solle sich die Oberpfälzer CSU erneuern. „Nach der Bundestagswahl sollten wir das angehen“, sagte Fischer in einem Interview mit der Mittelbayerischen Zeitung.

Der JU-Vorsitzende will aber keine Palastrevolution starten wie derzeit der Parteienachwuchs in München, der für sich energisch einen Vizeposten für die Parteispitze gefordert hat. Vielmehr solle in den nächsten, wahlfreien Jahren der Generationswechsel bei

Ämtern wie Landräten, Oberbürgermeistern, aber auch Bezirksvorständen angegangen werden. Bezirksvorsitzende Emilia Müller schloss Fischer davon explizit aus: „Sie kann auf alle in der Partei zugehen und vertritt hartnäckig die Interessen der Oberpfalz in München“, sagte Fischer. In Weiden wird am Wochenende einer aus der jungen Garde der CSU zu den 121 Delegierten sprechen, der es geschafft hat: der bayerische Finanzminister Georg Fahrenschohn, ehemals JU-Bezirksvorsitzender von Oberbayern.

Neben der Diskussion um eine „Rückkehr zur Sparsamkeit“ nach den gegenwärtigen Konjunkturprogrammen sieht Fischer, wie er im MZ-Gespräch sagte, vor allem viel Arbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft. Die Oberpfalz müsse fit gemacht werden für die Folgen von Globalisierung und Demografie. Ein Symbol sei die flächendeckende DSL-Versorgung.

Für „falsch“ hält Fischer die Debatte um eine Koalition der CSU mit den Grünen. Die CSU müsse sich zwar für ökologische Themen öffnen. Aber diese müssten „mit der Wirtschafts-, der Mittelstands- und der Landwirtschaftspolitik der CSU im Einklang sein“. Wer sich als Volkspartei nur an aktuellen Trends orientiere, laufe Gefahr, die Stammwähler zu verlieren.